



Urs Oberholzer-Roth
Präsident Grüne Partei TG
Holzensteinerstr. 34a
8590 Romanshorn
Tel 071 463 17 25
praesidium@gruene-tg.ch :: www.gruene-tg.ch

Neujahrs-Pressekonferenz der Grünen Partei TG

**Mittwoch, 4. Januar 2012, 10.30 Uhr
Rest. Bistro Turm, Grabenstrasse 2, Arbon**

Handout für Presse

Inhalt:

1.	Begrüssung: Urs Oberholzer-Roth, Präsident Grüne Partei TG
2.	Verkehrspolitik am Beispiel neue Linienführung Kantonsstrasse in Arbon: Urs Oberholzer-Roth, Präsident Grüne Partei TG
3.	Strategie der kurzen Distanzen; Wohnen und Arbeiten am Beispiel der Zentrumsentwicklung von Arbon: Alena Schmidt, Präsidentin Junge Grüne TG
4.	Umsetzung Atomausstieg an die Hand nehmen: Christian Schmid, Vorstand GPTG
5.	Ziele und Schwerpunkte für die Grossratswahlen 2012: Katharina Winiger, Fraktionspräsidentin Grüne Partei TG
6.	Fragen und Antworten

Urs Oberholzer-Roth: eine andere Verkehrspolitik

Im Herbst 2005 lehnte die TG-Bevölkerung die T14 durchs Thurtal ab. Nichtsdestotrotz trieben Regierung und die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates die Schnellstrassenplanung wieder voran. Mit viel PR-Aufwand und taktisch motiviertem Einbezug der sogenannten betroffenen Bevölkerung wurde ein neues Produkt entworfen: die BTS/OLS. Wir Grünen hoffen, dass die Stimmberechtigten im Herbst 2012 erneut die zu teure und unnötige Vorlage bachab schicken werden.

Eine Argumentationslinie für T13, T14 und jetzt BTS ist seit jeher: wir müssen den in seiner Entwicklung gefährdeten Oberthurgau strassentechnisch an die Zentren Frauenfeld und den Wirtschaftsraum Winterthur/Zürich anschliessen, damit diese Randregion nicht den Anschluss verpasse. Tatsache ist, dass in den letzten Jahren im Oberthurgau ein im kantonalen Vergleich überdurchschnittliches Wachstum im Bereich des Wohnens festzustellen ist.

Dass Arbon nicht die BTS als Rettung braucht, wollen wir hier aufzeigen. Zudem zeigt Arbon exemplarisch, wie ökologische Grundsätze in die Stadtentwicklung einfließen und eine lebenswerte Zukunft prägen. Wichtigste Entscheide wurden vor allem in der Verkehrspolitik gefällt:

Die NLK Neue Linienführung Kantonsstrasse: kanalisiert Verkehr, entzieht der Altstadt störenden Verkehr, verbraucht kein neues Kulturland. Sie ist kein Solitär, sondern eingebettet in alle anderen Mobilitätsformen: der Langsamverkehr und der öV sind aufgewertet, indem alle verschiedenen Bedürfnisse mehr oder weniger gleichwertig in einer Gesamtschau gemanagt werden. Dieses lokale Konzept ist nicht in sich abgeschlossen, sondern bezieht die Aussenquartiere mit ein, dann in zweiter Linie die Region. In dritter Linie sieht sich Arbon eingebettet in ein überkantonales Aggloprogramm, das von Herisau über Gossau bis eben nach Arbon reicht.

Der Bereich des Bahnhofs wird zum Verkehrsknotenpunkt, bzw. zur Drehscheibe für vielfältige Mobilitätsbedürfnisse. Entscheidend ist: dadurch entstehen nicht Zentrifugalkräfte, sondern: es wird das Potential geschaffen, um im Umfeld zu wohnen, zu leben, zu arbeiten. So wird insbesondere das Areal Saurer WerkZwei angebunden und erschlossen und somit einer vorteilhaften Entwicklung zugeführt.

Dies alles sind wesentliche Punkte, die uns Grünen wichtig sind. Insofern zeigt Arbon erstens, welche Kriterien künftiger Planungen wichtig sein müssen und zweitens, dass es auch realistisch ist und funktioniert!

Alena Schmidt: die Strategie der kurzen Distanzen

Wir freuen uns sehr, dass in Arbon Schritte Richtung Zukunft gemacht werden. Mit einer koordinierten Planung entsteht hochwertiger Lebensraum: Leben, Arbeiten, Einkaufen, Erholung auf kleinem Raum. Arbon plant nicht eine Massnahme nach der anderen, sondern sie setzt diese miteinander in Verbindung. Dadurch können Probleme gelöst werden. In Arbon wird dadurch das Zentrum aufgewertet und durch die Möglichkeit Wohnen, Arbeiten und Einkaufen zu verbinden, sparen die Einwohner Zeit und gewinnen Lebensqualität. Dies geschieht beispielsweise dadurch, dass die Altstadt von Parkplätzen entschlackt, vom Durchgangsverkehr befreit und dadurch qualitativ aufgewertet wird. Ein anderes Beispiel ist die neue Überbauung Rosengarten an zentraler Lage: eine langjährige Brache wurde überbaut und wird heute genutzt von einem Grossverteiler, für Wohnen, Gastronomie und Kleingewerbe.

Im Kanton Thurgau besteht viel Möglichkeit dichter zu bauen. Es wäre schön, wenn einige Gemeinden dem Vorbild von Arbon folgen. Dies benötigt eine Vision und ein koordiniertes Handeln. Wir müssen heute morgen planen, denn grossen Herausforderungen stehen uns bevor. Der Ansatz „global denken, lokal handeln“ muss dabei Leitlinie bleiben. Planen wir nur für die Gemeinden, verlieren wir die Übersicht.

Wenn wir die Mittel der Raumplanung endlich ausschöpfen und nicht nur die individuellen Vorteile im Auge behalten, gewinnen alle: Wir, unsere Nachbarn und unsere Enkel. Wir dürfen unseren Nachkommen nicht alle Spielräume zubauen.

Christian Schmid: Umsetzung Atomausstieg an die Hand nehmen

Bundesrat und Parlament haben im vergangenen Jahr den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. So erfreulich der Entscheid an sich ist, (noch?) fehlen die Zeitvorgaben, was in der Politik essentiell für eine Zielerreichung ist. Klar ist immerhin, dass der Atomstrom durch mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien ersetzt werden soll.

Bei der Umsetzung des Ausstiegsentscheides sind insbesondere auch die Kantone und Gemeinden gefragt. Wir Thurgauer Grüne sehen dabei 3 Bereiche, wo wir aktives Handeln unserer Kantonsregierung erwarten:

1. Investitionen in die Netz-Infrastruktur

Schwachpunkt der zukünftigen Stromversorgung ist das Netz. Durch die kontinuierliche Erhöhung der dezentralen Produzenten von erneuerbarem Strom wird das Netz vermehrt unterschiedlichen Belastungen ausgesetzt. Um dem entgegenzuwirken, ist die Umrüstung auf ein intelligentes Stromnetz (Smartgrid) rasch voranzutreiben. Dies ist aus ökonomischen, ökologischen und gesundheitlichen Aspekten wo immer möglich unter Boden zu erstellen. Zudem ist die Notwendigkeit von zusätzlichen Speicherkapazitäten zu prüfen. Sollten dazu die notwendigen Finanzen fehlen, sind Strompreiserhöhungen vorzusehen. Bei den heute sehr tiefen Tarifen, die zur Verschwendung animieren, sind massvolle Erhöhungen problemlos verkräftbar für Haushalte und Unternehmungen.

2. Einflussnahme auf Energiekonzerne und Gemeinden verstärken

Die grossen Stromproduzenten, die den Thurgau beliefern sind allesamt in öffentlich-rechtlicher Hand. Mit dem beschlossenen Atomausstieg müsste also die Marschrichtung klar sein. Leider ist dem nicht so, da in vielen dieser Firmen Personen in VR und GL sitzen, die atomfreundlich gesinnt sind und deswegen den neuen Weg nicht oder nur widerwillig mittragen wollen. Wir fordern, dass der Regierungsrat nur Personen in diese Gremien nominiert, die den neuen Kurs tatkräftig unterstützen.

Zunehmend unterschiedlich wird die Thematik Energie auf Gemeindeebene angegangen. Die Palette reicht von sehr fortschrittlich bis ungenügend. Arbon ist in diesem Bereich ganz vorne anzutreffen. Basierend auf diesem Beispiel fordern wir für alle Gemeinden eine flächendeckende Energieberatung, eine aktive Vermarktung von einheimischer Wärme und Ökostrom verbunden mit einer angemessenen Entschädigung der Produzenten sowie ein effizientes Energiemanagement vor Ort (Smart Metering). Dies selbstverständlich sinnvoll abgestimmt auf das kantonale Förderprogramm.

3. Kontinuierliche Überprüfungen und Verbesserungen des kantonalen Förderprogrammes:

Das kantonale Förderprogramm, das seit 1.1.2011 in Kraft ist und von den Grünen Thurgau massgeblich mitgeprägt wurde, ist ein Erfolg. Die Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien gehen aber rasch voran, weshalb regelmässige Anpassungen der Förderbeiträge nötig sind, damit keine Über-Subventionierung stattfindet. Zudem sind neue Entwicklungen aktiv zu verfolgen und ins Programm zu integrieren.

Während heute noch weitgehend nach dem Motto möglichst **viel und billig** Energie produziert und konsumiert wird, sollte die Maxime der Zukunft lauten: **Sparsam, erneuerbar und dezentral**.

Katharina Winiger: 3 Schwerpunkte für die Kantonsratswahlen

Erster Schwerpunkt: Ökologie

Verschiedene Aspekte wurden bereits angesprochen: Raumplanung, Verkehr und Energie. Einen Aspekt möchte ich noch ergänzen: die Volksabstimmung zum neuen Planungs- und Baugesetz. Es ist für uns absolut unverständlich, dass die vom Rat abgeseignete minimale Mehrwertabgabe und die fast schon lächerlich kleinen Bedingungen an eine Parkplatzbewirtschaftung noch gekippt werden sollen. Die vom Rat beschlossenen Eckdaten sind schon ein Kompromiss, der weit von unsern Vorstellungen entfernt ist. Aber nach dem Motto: lieber den Spatz in der Hand werden wir uns dafür einsetzen, dem vorliegenden Planungs- und Baugesetz zum Durchbruch zu verhelfen.

Zweiter Schwerpunkt: Ökonomie

Wir wollen hier nicht schwarz malen und gleich Griechenland als negatives Beispiel aufführen. Aber die Staatsverschuldungen in Europa zeigen in aller Deutlichkeit, wohin die Schuldenwirtschaft einzelner Staaten führen kann.

Für uns Grüne heisst das, dass auch wir unsern Beitrag dazu leisten wollen, das bedenklich hohe Defizit des Kantons zu reduzieren und – im besten Fall – zum Verschwinden zu bringen. Allerdings halten wir auch fest: führen die Sparmassnahmen nicht in wenigen Jahren zu einer ausgeglichenen Staatsrechnung, zögern wir nicht, Steuererhöhungen zu fordern.

Dritter Schwerpunkt: Soziale Sicherheit

Wenn unter „Ökonomie“ von Sparmassnahmen die Rede ist, wollen wir nicht falsch verstanden werden. Wir werden auch weiterhin für die Schwächsten unserer Gesellschaft eintreten. Sparmassnahmen, die diese treffen, lehnen wir ohne Wenn und Aber ab.

Was wir uns hingegen vorstellen können, sind Kürzungen von Leistungen des Staates, die im Giesskannenprinzip ausgeschüttet werden.

Ökologie, Ökonomie und soziale Sicherheit sind die drei Säulen der **Nachhaltigkeit**. Der Nachhaltigkeit fühlen wir uns verpflichtet, sie ist die Basis unserer Politik. Damit verstehen wir uns weder als links noch als rechts.

Unsere Politik soll den nächsten Generationen dienen!